

Riesaer Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Drahtschrift: Tagesblatt Riesa.
Fernruf Nr. 20.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Amtsanwaltschaft beim Amtsgerichte und des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Meißen, sowie des Gemeinderates Gröba.

Postkontos: Dresden 1830
Grosch Riesa Nr. 12

Nr. 218.

Dienstag, 12. September 1922, abends.

75. Jahrg.

Das Riesaer Tagesblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, monatlich 95.— Mark ohne Bringerlohn. Einzelnummer 5.— Mark. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Preis für die 89 mm breite, 8 mm hohe Grundchrift-Zeile (6 Silben) 9.— Mark; zeitraubender und tabellarischer Satz 50%, Aufschlag. Nachweisungs- und Vermittlungsgebühr 3.— Mark. Feste Tarife. Bewilligter Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfällt, durch Frage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Wöchentliche Unterhaltungsbeilage „Erzähler an der Elbe“. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Vertriebsanstaltungen — hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Renger & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Wochenschrift 59. Verantwortlich für Redaktion: Arthur Dähnel, Riesa; für Anzeigenteil: Wilhelm Dittich, Riesa.

Das Familien-Freibad

am Leinpfad oberhalb des Stadttores ist geschlossen worden.
Der Rat der Stadt Riesa, am 12. September 1922. Fnd.
Zum 1. Oktober 1922 soll das hiesige Pfarrfeld verpachtet werden. Bewerber können die Bedingungen vom 13. bis 26. September, vormittags im hiesigen Pfarramt einsehen. Gröba (Elbe), am 12. September 1922. Der Kirchenvorstand.

Getreide-Umlage.

Die Räte über Festsetzung des Gesamtlieferungslohs der hiesigen Getreide-Erzeuger liegt vom Mittwoch, den 13. S., vorm. 11 Uhr bis einschließlich Dienstag, den 19. 9. 1922 während der Geschäftszeit im Rathaus, Zimmer Nr. 2 aus.
Der Rat der Stadt Riesa, am 12. September 1922. Fnd.

Derliches und Sächsisches.

Riesa, den 12. September 1922.

* Zur Beachtung für Obstbauer, Landwirte, Gemeinden! Der Obstbaubeamte der Amtshauptmannschaft Großenhain schreibt uns: Die reiche Pflaumenernte, die allenthalben vorhanden ist, droht der deutschen Volkswirtschaft, der Volksernährung verloren zu gehen, wenn die Früchte nicht sofort das Überleben der noch nicht reifen Früchte unterlassen. Auf Umwegen, unter Verdrehen, wandern die noch nicht ganz reifen Pflaumen in das kalifornische England, wo dieselben zu Brauntweilen verarbeitet werden. Ungeheure Summen verdient dabei der gemeinlose Zwischenhändler, während dem verarmten deutschen Volke eine wertvolle Ernährungsmittel verloren geht. Alle, die über eine reiche Pflaumenernte verfügen, möge vorerst die deutsche Volksernährung am nächsten liegen und jeder möge die Ernte austreten lassen, sie wird dann mindestens denselben Erlös bringen und kommt in erster Linie unseren darbenenden Volksgenossen zu Gute. Die Nachfrage in den verbrauchenden Kreisen nach reifen Pflaumen ist außerordentlich groß.

* Wiederabend Werner Reichelt. Die Presse kennzeichnet Werner Reichelt, der am Freitag in der Elbterrasse Schumann-Viederer und Löwe-Balladen singt, als einen sehr empfindlichen, trefflich geschulten und stimmlich ganz hervorragenden Künstler, rühmt seine Atemführung, seine meisterhafte Textauswahl, die vollständige Herrschaft über sein weiches Vokalorgan, die tiefe Innerlichkeit, die wirkungsvolle Wiedergabe. Ein Besuch dieses Abends wird sich also sicher lohnen. Möchte der Künstler auch dieses Tage bei uns ein volles Haus haben! Karten in der Buchhandlung Hüller. (Siehe auch Inserat!)

* Theateraufführung. Donnerstag abend kommt in Hainersaal das dreitägige Lustspiel Ludwig Fuldas „Die verlorene Tochter“ zur Aufführung. Schon der Name des gefeierten Lustspielautors sollte genügen, den Saal zu füllen. Die Aufführung beginnt pünktlich 8 Uhr und bittet die Direktion um rechtzeitiges Erscheinen, damit Störungen vermieden werden.

* Der Obstbau im Bezirk im September. Bei der nun beginnenden Obsternte ist darauf zu achten, daß die Früchte möglichst mit dem ganzen Stiel geerntet werden, sonst halten sie sich schlecht. Die Früchte müssen baumreif sein, wenn sie geerntet werden sollen, d. h. durch eine leichte Drehung muß sich die Frucht leicht vom Fruchtstiel oder Anlag lösen lassen, oder wenn nichtmadige Früchte bei kühlem Wetter beginnen vom Baum zu fallen. Die bald lagerreifen Birnsorten können etwas vor voller Baumreife geerntet werden, sonst werden sie mehlig. Das Dauerobst laßt man bis in den Oktober hinein hängen, gerade die letzten Tage vor voller Baumreife nehmen die Früchte sehr an Gewicht und Zuckergehalt zu, auch schrumpfen dann die Früchte nicht so bald. Bei der Ernte selbst darf nicht das Fruchtstiel für das nächste Jahr mit heruntergerissen werden, es sät meist in der Nähe des Fruchtanlages. Nach der Überntung kann auch sogleich das notwendige Entfernen trockener sowie auch sich reibender Äste erfolgen; die zu entfernenden Teile sind jetzt am leichtesten, jedoch sind nur die unbedingt nötigen Äste wegzunehmen. Solange die Baumkrone an ihrer Verästelung noch Blätter mit sattem Grün getragen hat, braucht außer den trockenen und wunden Ästen nichts entfernt werden. Die durch das Abnehmen von Ästen entstehenden Wunden sind mit einem Messer glatt nachzuschneiden. Ende des Monats beginnt man um die Stämme Leimringe zu legen, d. h. es wird ein Papierstreifen um den Stamm gebunden, auf dem ein 10 cm breiter Raupenleimring gestrichen wird. Damit wollen wir das Weibchen vom kleinen Frostnachtspanner abfangen, was sonst bis gegen 400 Eier in die Baumkrone legt, aus denen im Frühjahr kleine grüne Raupen entstehen, die das junge Grün anfressen. Jetzt und in den folgenden Wochen, wo Obst reichlich zum Verkauf kommt, sollten sich die Hausaltungen mit dem einfachsten und billigsten Dauerprodukt, der Marmelade, eindenken. Zuckersüß ist bei der Herstellung nicht unbedingt notwendig, sondern zur Haltbarkeit genügt auf pro Kilo Waasse 1 Gramm Benzoesäure Natron und erst beim Verbrauch kann beliebig nachversüßt werden. Zum Herstellen von Würstchen steht eine große Dörre mit eigener Feueranlage zur Verfügung. Ueber alle Obstbau- und Obsternterwertungsfragen wird unentgeltliche Auskunft erteilt. Der Obstbaubeamte der Amtshauptmannschaft, Glausch.

* Um die Unterstützungen an notleidende Kleinrentner für Beschaffung von Winterbrennstoffen aus den für das Rechnungsjahr 1922 bereitgestellten 500 Millionen Mark Reichsgeldschulden möglichst zu beschleunigen, hat nunmehr der Reichsarbeitsminister angeordnet, daß den Ländern eine beschleunigte Gewährung der Unterstützungen ermöglicht werden soll. 225 Millionen Mark sind bereits überwiesen worden. In diesen Tagen werden aber den Regierungen der Länder fernerhin die Beträge für Oktober, November und Dezember in Höhe von 112.500.000 Mark ausbezahlt werden.

* Die Arbeitsgemeinschaft der städtischen Nachrichtenämter, die in Magdeburg tagte, hat folgende Entschlüsse angenommen: Die Arbeitsgemeinschaft der städtischen Nachrichtenämter nimmt mit lebhaftem Bedauern Kenntnis von der ausnehmenden Not

Heutiger Dollarkurs (amtlich): 1493 Mark.

der deutschen Presse, die sich in dem Sterben zahlreicher vielfach alter und angelegener Zeitungen äußert. Die Arbeitsgemeinschaft, deren Mitglieder auf Grund eigener Erfahrungen den hohen Wert der Presse für unser gesamtes öffentliches Leben erkannt haben, bedauern es insbesondere, daß Staat und Reich keine wirksamen Maßnahmen ergreifen haben, um eine weitere Verknüpfung der Notlage zu verhindern. Die Arbeitsgemeinschaft erwartet mit Bestimmtheit, daß nunmehr wenigstens im letzten Augenblick Regierungen und Parlamente diejenigen Schritte unternehmen werden, die geeignet erscheinen, den deutschen Zeitungen die Fortexistenz zu ermöglichen.

* Zwei Anfragen hat der deutschvolkswirtschaftliche Abgeordnete Boigt im Landtage eingebracht: 1. Das Ministerium für Kultus und öffentlichen Unterricht hat in seinem Verordnungsblatt unter Nr. 155 eine Verordnung erlassen, wonach u. a. an staatlich nicht anerkannten Lehrern und Schülern künftig in keinem Falle mehr Unterrichtsbefreiung zum Zwecke der Teilnahme an religiösen Handlungen erteilt werden darf. Diese Verordnung steht in scharfem Widerspruch zu Artikel 135 der Reichsverfassung, der die unabhängige Religionsübung gewährleistet und unter staatlichen Schutz stellt. Ist die Regierung bereit, die Verordnung ungesamt wieder aufzuheben? Wir begnügen uns mit schriftlicher Antwort. 2. Das Ministerium des Kultus und öffentlichen Unterrichts hat in seinem Verordnungsblatt unter Nr. 156 eine Verordnung zur Ausführung von Artikel 148 Absatz 2 der Reichsverfassung erlassen, die den Schutz der Verbindungen Andersdenkender beim Unterricht sicherstellen soll. Die Verordnung sufert im Verbot von Andachten, Gebeten, Kirchenliedern und jeder Art religiöser Beeinflussung außerhalb der Religionsstunden und in der Unterbrechung von Aufnahme-, Entlassungs- und sonstigen Schulfeiern mit kirchlichem oder religiösem Charakter. Die Verordnung bedeutet eine Mißachtung des größten Volksteiles, der sich für den christlich-konfessionellen Charakter der Schule entschieden hat. Gerade durch diese Verordnung werden die Verbindungen der übergroßen Mehrzahl aus tiefster Verleht. Ist die Regierung bereit, die Verordnung sofort wieder aufzuheben? Wir begnügen uns mit schriftlicher Beantwortung.

* Rückgang der Sparbetatigung. Nach dem vom Statistischen Landesamt veröffentlichten Uebersicht über den Verkehr bei den sächsischen Sparkassen im zweiten Vierteljahr 1922 sind 564.692 280 Mark eingezahlt und 358.087.911 Mark zurückgezahlt worden, das ist ein Einzahlungsbuberschuss von 206.604.369 Mark. Das Vorjahreszeitraum des Vorjahres einen solchen von 121.376.402 Mark auf. Die Ein- und Ruckzahlungsfalle haben, wie schon in der Zeit vorher, abgenommen, die Geldbeträge dagegen zugenommen, so daß in Verbindung mit der Geldentwertung von einem Rückgang der Sparbetatigung gesprochen werden muß.

* Weiterführung der Bergmannswohnungen im sächsischen Steinflorenrevier. Infolge der am 30. August d. J. vom Reichskohlenverband und dem großen Ausschus des Reichskohlenrates beschlossenen Erhöhung der Abgabe für Bergmannswohnungen von 12 Mark auf 30 Mark für die Zone Steinfloren bis zum 30. Juni 1923 sind die Mittel für Zuwendungsleistung fast famlicher Bergmannswohnungsbauteil gesichert. Es können von den in Bau befindlichen Wohnungen 98 Prozent vollendet werden. Für die Fertigstellung der restlichen Bauten sollen jedoch ebenfalls noch Schritte getan werden; sie erfordern ausgedehnte, wenn das geforderte Ueberschussabkommen durch die Bergarbeiterschaft abgelehnt wird. In letzter Stunde ist somit die einseitige Einstellung der Bergmannswohnungen, die bei der ansehenswerten Wohnungsnot unter den sächsischen Bergleuten katastrophal gewirkt und außerdem die Bruchlegung großer Summen bedeutet hätte, glücklicherweise vermieden worden.

* Vom Laubverforgungsamt Dresden wird mitgeteilt: Der Reichsarbeitsminister hat durch Erlass vom 25. Juli 1922 unter Aufhebung der bisher entgegenstehenden Bestimmungen angeordnet, daß der Beamtenkassen (vorläufiger Ausweis an Stelle des Beamtenkassens) bei Erfüllung der Voraussetzungen auf Antrag auch solchen Ehemannschaftsbeschadigten zu gewähren ist, die auf Grund des Anstellungsvertrages nach § 17 des Mannschaftsbeschadigtengesetzes von 1906 bereits planmäßig angestellt sind. Bestimmungen hierfür waren die Vorschriften der neuen Anstellungsverträge vom 28. Juli 1922; danach können Inhaber eines Beamtenkassens, die trotz Eignung für die Wahrnehmung einer Stelle höherer Besoldungsgruppen, d. h. bis einschließlich Besoldungsgruppe 7, in der Beamtenstelle einer niedrigeren Besoldungsgruppe planmäßig angestellt sind, sich bis zum Ablauf von drei Monaten nach Inkrafttreten der Anstellungsverträge (1. September 1922), auch bei anderen Anstellungsbehörden nach am Stellen höherer Besoldungsgruppen bewerben und vorzuziehen lassen.

* Röderer. Bericht über die Gemeinderatsstung am 8. 9. 1922. 1. Bei der Festlegung der Hundertstage zum Reichsmietengesetz kam es zu heftigen Auseinandersetzungen. Die Vertreter der Hausbesitzer forderten insgesamt 420

Prozent der Grundmiete, die Vertreter der Mieter boten nur 300 Prozent. Es wurde der Antrag gestellt, die Angelegenheit nochmals der Kommission zu überweisen, was aber von 5 Vertretern abgelehnt wurde, die betonten, nicht wieder zu verhandeln. Darauf wurde der Antrag zurückgezogen und die Angelegenheit dem Mieteneinigungsamt übertragen. 2. Von der bürgerlichen Seite wurde der Antrag gestellt, die Umbenennung der Straßen fallen zu lassen, daur aber 25000 Mark dem Wohlhabendensauschus zur Unterstützung der Hilfsbedürftigen zu überweisen. Es wurde von gegnerischer Seite geantwortet, daß dies nur ein Schachzug sei. Gegen die Unterstützung der Hilfsbedürftigen hätten sie nichts einzuwenden, aber die Namen der Straßen mustren aus der Welt geschafft werden. Es kam zu keiner Einigkeit und die bürgerlichen Vertreter verließen wieder die Sitzung.

* Stauch. Das diesjährige Reiterfest des Landwirtschaftlichen Vereins „Agricola“ nahm am Sonntag wiederum einen glänzenden Verlauf. Der Festzug, der sich aus Musikkor, Festauschus, Ehrenjungfrauen, Festwagen und 20 Reitern zusammensetzte, durchzog mit klingendem Spiel das festlich geschmückte Dorf und wandte sich dann dem schon gelegenen Festplatz am Sahnefelder Weg zu, wo alle Bequemlichkeiten vorhanden waren. Mehr als tausend Menschen aus nah und fern wohnten dem „Tournoi“ bei. Es wimmelte von Autos, Autos und Fuhrern, so daß ein tuchiges Gedränge auf der alten Hofstrae herrschte. Das Fest leitete ein Korsofahren mit zum Teil glänzend geschmückten Ein- und Zweispännern ein, das einen prächtigen Anblick bot. Daran schloen sich Reiterquadrellen, Krankschekken im Trab und Galopp, Schreitreiten in zwei Abteilungen und Jagdspringen, an dem sich 18 Reiter beteiligten. Weiter mußten die angelegten Reiterpiele wegen der vorgerückten Zeit unterbleiben, nur ein Vorbeimarsch sämtlicher Reiter im Schritt und Trab zu Ehren der Preisrichter, der Herren Rittmeister von der Decken-Raichen, Dr. Kopp-Stoh, v. Goldammer-Stauch und Major d. R. Rohberg-Trebanitz, wurde unter der sicheren und schneidigen Leitung des Herrn Gaisch noch veranstaltet, der ein echt militärisches Gepräge trug und großen Beifall erntete. Den Schluß des Reiterturniers auf dem Festplatz bildete ein Flachbahnrennen von 1500 Metern mit drei Reitern und ein solches von 1200 Metern mit fünf Reitern, das ohne jeden Zwischenfall verlief. Um 8 Uhr fand die Freilicht ihren Fortgang im Saale der „Alten Post“. — Unter den Preisragern befindet sich auch Herr E. Schumann-Mergendorf, und zwar erhielt er beim Krankschekken den 5. Preis und bei den Dressurvorstellungen 1. Abt. den 1. Preis (Uhr).

* Ost. Kartoffeln für Kleinrentner und zwar 300 Zentner kostenlos hat Herr Rittergutsbesitzer von Zudenberg auf Bornitz zur Verfügung gestellt.

* Landwertswalde. Ein Zusammenstoß mit einem Auto soll hier dadurch verursacht worden sein, daß die Auto für einen mit Obst beladenen Wagen gewandten Kunde das Auto verbeistete. Dem Jungen, der die Gunde führte, sei es nicht möglich gewesen, die Tiere beiseite zu bringen, so daß das Auto direkt in den Obstwagen gefahren ist. Es ist dann einen Abhang hinunter gefahren, habe aber nur wenig Sachschaden erlitten. Der Junge, der neben dem Jungen ging, habe sich, als diese toll wurden, entfernt, der andere Junge, der noch dabei war, sei dagegen schwer verletzt worden. Das Geschick gehört dem Dobhandler Richter in Tornowitz.

* Großenhain. Sonntag vormittag erfolgte hier unter großer Teilnahme höherer Offiziere und Kameraden die Weie des Denkmals, das für die Gefallenen des aktiven und des Reserve-Infanterie-Regiments Nr. 18 „König Albert“ an der Nordostseite der Marienkirche errichtet worden ist. Die Uebergabe erfolgte durch den Vorsitzenden des Denkmalausschusses, Major Gontard, die Weierode hielt Pastor Fiebig aus Leipzig. Bürgermeister Hotop übernahm das Denkmal namens der Stadt, Superintendent Scherffig namens des Kirchenvorstandes.

* Dresden. Ueber Vorforgemanahmen für den Winter berichtete Oberbürgermeister Blücher in der Stadtkorrespondenz-Sitzung. Es ist geplant, zunächst 60 Millionen Mark zur Verfügung zu stellen, die für etwa 30.000 Winterbrennstoffe wie folgt verwendet werden: 6 Millionen Mark zur Verbilligung der Kohlen, 4,8 Millionen Mark zur Verbilligung von Holz, und zwar dergestalt, daß den Winterbrennstoffen für jeden Haushalt auf sechs Wintermonate monatlich ein Korb Holz verbilligt abgegeben wird. Außerdem ist eine Kartoffelbeschaffungsaktion im Gange, wonach bei Beginn der Kartoffelernte ein Zentner und ein weiterer Zentner im Februar verbilligt abgegeben wird. Dafür sind 15 Millionen Mark bereitgestellt. Die Volkswirtschaft sollen beibehalten, die Bedarfsfage des Fuhrorgans erhöhet werden. Für die gesamte Bevölkerung konnten besondere Maßnahmen nicht getroffen werden. Für die Fleischpreise hat die Stadt bei der Reichsregierung ange-regt, die Preise dadurch zu senken, daß argentinisches Gefrierfleisch hereinkommt. Weiter wurde beantragt, die Berliner Butteraktion, die die Preise hochtreibt, zu verbieten.

* Dresden. Wie vom Dresdener Kohlenhandel mitgeteilt wird, haben die Verhandlungen über Kohlenarbeiten in der Zukunft von Brennstoffen zu keinem Ergebnis geführt. Die Dresdener Kohlenhandlungen lassen sich

beder genötigt, infolge des Transportarbeiterstreiks jede Kohlenzufuhr einzustellen.

Geringswalde. Ein etwas mysteriöses Vorkommnis ist am Mittwochabend im benachbarten Gopälsdorf passiert. Dem 17-jährigen Rud. Schöbe brachte man von einem Bösewichte — er hatte mit zwei Freunden Misch in die nahe Mühle im Grunde gebracht — mit einer Schußverletzung zurück. Die Kugel hatte die linke obere Lunge durchbohrt und steckt noch im Körper. Nach Aussage der drei jungen Leute soll auf ihrem Rückwege von der Mühle nach Gopälsdorf ein Mann von Schönfeld her auf sie zugekommen und nach kurzem Anruf ohne jeden Grund aus etwa drei Schritt Entfernung auf sie geschossen haben, wodurch S. so schwer verwundet wurde. Die weitere Untersuchung der dunklen Angelegenheit ist im Gange.

Waldenburg. Die hässlichen Kollegen beschlossen, die Wärmehäuser für Kleinrentner im nächsten Monat wieder in Betrieb zu nehmen.

Königswalde i. G. Der Gemeinderat hat beschlossen, auch in diesem Jahre den Ertrag der Obstdäume im Gemeindegrundstück öffentlich an die Einwohner zu veräußern.

Pausa. Am Montag, den 11. September, vollenden sich 100 Jahre, daß in unserer Stadt durch ein verheerendes Brandunglück binnen drei Stunden die Kirche, das Pastorat, Rektorat, Kantorat und Diakonatsgebäude, das Rathaus und 70 Bürgerhäuser eingeschert wurden. 600 bis 700 Personen wurden obdachlos, doch setzte bald eine umfassende Hilfsbereitschaft ein. Im Laufe des 19. Jahrhunderts ist die Stadt noch zweimal von schwerem Brandunglück betroffen worden, so am 26. Februar 1848, da 16 Wohngebäude und 38 Scheunen, und am 8. Juni 1861, da 60 Wohnhäuser mit Nebengebäuden, 160 Säuer und 7 Scheunen niederbrannten.

Buchholz. Zur Bekämpfung der Feldblechlähe hat der Stadtrat einige geeignete Personen bestimmt, die als Hilfsorgane der Polizei berechtigt sind, verdächtige Personen zu verhören und der Polizeiwache anzuführen.

Wokwa. Dem Gemeinderat sind von hiesigen Landwirten 600 Jemmer Kartoffeln für Kinderbewilligte nach den Tagespreisen zur Verfügung gestellt worden.

Jwidau. Obgleich die Delegierten des großen Jwidauer Steinlohlenkongresses das Verfahren einer täglichen achten Ueberkunde abgelehnt haben, werden auf den übrigen Werken des Jwidauer Steinlohlenwerkes: den Morgenstern- und Bräunbergwerken, den Schächten des Jwidauer-Oberröhndorfer Steinlohlenbauvereins, den Kärner- und Sarfertschächten die Ueberkunden verfahren. Außer auf den hiesigen Gruben haben sich nur noch die Delegierten auf den von Kaminischen Schächten in Planung von den Ueberkunden ausgehoben.

Oberwiesenthal. Der 42-jährige Schuhmacher Johann Marbach war am Freitag hier eingeschert und dann in ziemlich angetrunkenem Zustande in der 10. Stunde nach seiner Wohnung in Stolzenhain zurückgegangen. Dort hat er seine 37 Jahre alte Ehefrau im Streite erschlagen, wie er angibt, ohne Zuhilfenahme eines Instruments. Nachbarn wurden auf die Tat gegen Mitternacht aufmerksam und holten die Gendarmen herbei, die den Täter nach Jochimsenthal überführte. Marbach war geschändigt und reumütig. Die ermordete Marbach war, wie es heißt, schon seit Jahren Mißhandlungen ihres Ehemannes ausgelegt gewesen.

Pausen i. B. Am 4. September war der 15. Jahre alte Haderlehrer Günther von hier von seinem Lehrern beauftragt worden, auf der Gewerbestadt den Betrag von 24588 Mark einzusammeln. Er führte den Auftrag aber nicht aus, sondern flüchtete mit dem ihm anvertrauten Betrage und unternahm u. a. eine Vergnügungsfahrt nach Leipzig. Am Donnerstag trieb es ihn aber wieder in die Heimat zurück, und der uneheliche Furcher konnte festgenommen werden. Von dem unterschlagenen Betrage fanden sich noch 23000 Mark bei ihm vor.

Pausen. Ein Oester alljährlicher Gutmütigkeit ist ein junger Kaufmann von hier geworden, der am Sonntagabend von einem Menschen, den er am Freitag kennen gelernt und aus Mitleid zur Erparung der hohen Hotelkosten über Nacht herübergebracht hatte, in der gemieteten Waise bestohlen wurde. Der Gauner hatte angegeben, daß er nach Berlin weiterreisen wollte und erhielt von dem Vertrauensseligen zum Abschied noch 500 Mark ausgedehnt. Statt abzufahren, führte er aber in die Wohnung seines Gastgebers zurück, spiegelte der Wirtin etwas vor und räumte, als ihn diese für kurze Zeit allein ließ, die Schränke des jungen Mannes aus. Der Wert der gestohlenen Gegenstände beläuft sich auf rund 80000 Mark.

Grimma. Ein Blasenentzündung erkrankte in Belgersbain eine Familie nach dem Genuss eines Gerichts Champignons. Trotz sofort angewandeter Gegenmittel verstarb die Mutter und ihre sechsjährige Tochter nach kurzer Zeit. Der zweite Sohn wurde nach Leipzig ins Krankenhaus gebracht, aber auch er starb unter größten Schmerzen. Die Nachforschung ergab, daß sich unter den gesammelten Pilzen ein Anollen-Blätterpilz befunden hatte.

Grimma. Als Biegelbehalter Dr. Schrotz aus dem nahen Gerschwitz in der Sonntagsnacht aus Grimma heimkehrte, wurde er auf der Landstraße in der Nähe des Postplatzes von zwei Radfahrern überfallen, die ihm mit einem Kolbenhammer einen wuchtigen Schlag gegen die Schläfe verletzten, so daß er auf Augenblicke betäubungslos wurde. Er suchte, wieder zu sich gekommen, zu entfliehen, wurde aber von den Radfahrern verfolgt, die, als sie ihn eingeholt hatten, 5 Schläge auf ihn abgaben, glücklicherweise ohne zu treffen. Dr. Schrotz konnte nunmehr hilflos in die nahe Schmidtische Biegelerei, wo seine stark blutende Kopfwunde verbunden wurde. Der Arzt stellte eine Zerkleinerung der Schläfe fest; hätte der Schlag einen Zentimeter weiter oben getroffen, so wäre der Ueberfallene getötet worden. Während des Ueberfalls wurde in den Keller des Schrotzischen Grundstückes eingebrochen und daraus 250 Flaschen Wein gestohlen. Es besteht wahrscheinlich ein Zusammenhang zwischen dem Raubmordversuche und dem Einbruch.

Leipzig. Am 8. September ist auf dem Lagerplatze der Meißner-Größhandlung von Schweizer u. Copier in Leipzig eine etwa 80 Zentner schwere eiserne Trommel, die aus einer Zellulosefabrik stammt und als Altkessel angekauft worden war, beim Abladen von einem Eisenbahnwagen explodiert. Drei dabei beschäftigte Arbeiter, sowie zwei Arbeiter in der Nähe, erlitten dabei leichte Verletzungen. Außerdem wurden zwei Eisenstücke im Gewicht von 5 Zentnern und 1 Zentner etwa 30 bis 40 Meter weit über die Umzäunungsmauer auf den Eisenbahnkörper der Bahnlinie Leipzig-Dalle geschleudert, so daß an dieser Stelle eine Schiene ausgemacht werden mußte. Ein 250 Zentner schwerer Kran, mit dem die Entladung vorgenommen wurde, wurde durch den Aufdruck aus den Schienen gehoben und stark beschädigt. Auch sonst ist bedeutender Sachschaden entstanden. Die Explosionskraft war von Schießbaumwolle, die sich in den Messerwellen der explodierten Trommel festgesetzt hatten und durch den Schlag entzündet worden sind, zurückzuführen.

Leipzig. Im Hause Blücherstraße 36 kam es Montag morgen gegen 1 Uhr zu einem Streit zwischen dem Hausbesitzer Kühne und dem Arbeiter Jahn, in dessen Verlauf Jahn eine Pistole zog und Kühne durch zwei Schüsse tötete. Der Täter wurde der Staatsanwaltschaft zugeführt, die zu entscheiden hat, ob Mord oder Totschlag in der Vorrede vorliegt. Die „S. R. N.“ teilen hierzu die folgenden Einzelheiten mit: Der im zweiten Stock im Hinterhaus wohnende 43 Jahre alte Arbeiter Albin Jahn lebte schon seit längerer Zeit mit seinem Hauswirt Kühne im

Unfrieden. Er brante allerlei tragwürdige Szenen mit in seine Wohnung und beherbergte sie dort. Meistenteils waren es Polen oder Russen, die vor der Polizei kein reines Gewissen hatten; in den allermeisten Fällen aber handelte es sich um weibliche Personen. Dieses Treiben kostete dem Hauswirt Kühne nicht, und als alle Ermahnungen nicht nützlich, erbatte er einmal Anzeile bei der Polizei, die das Nest auslösch. Seit dieser Zeit verschärfte sich das Verhältnis zwischen den beiden Männern noch mehr, und als eines Tages im Februar wieder einmal der Hauswirt Kühne den Mieter Jahn zur Rede stellte, bekam dieser einen Wutanfall, riß das Treppengeländer ab und verprügelte damit Kühne dumm, daß der Geschlagene vierzehn Tage im Bett verbringen mußte. Am vorigen Sonntagabend zwischen 9 und 10 Uhr kam jedoch Jahn wiederum mit einer weiblichen Person an. Kühne handte zufällig im Hausflur und verweigerte dem Mädchen den Zutritt. Darob entbrannte zwischen den Männern schon heftiger Streit, der aber rechtzeitig von Kühnes Wirtin unterbrochen wurde. Jahn ging mit dem Mädchen weg und kehrte, er werde später wiederkommen. Gegen 1 Uhr nachts kehrte er in Begleitung eines Freundes zurück und wurde während, als die Hauswirt von innen verriegelt war. Er erging sich in Schimpfereien gegen Kühne, der ihm von oben zurief, es werde sofort geöffnet. Kühne ging mit der Wirtin in den Zimmer und nahm zu seinem Schutze ein abgedroschenes Stuhlbein mit. Als die Wirtin die Tür öffnete, drang Jahn ein und besetzte Kühne mit allerhand schweren Schimpfworten. Es entstand ein heftiger Streit, in dessen Verlauf Kühne dem Jahn mit dem Stuhlbein vor den Kopf schlug. Darauf zog Jahn einen Revolver und feuerte zwei Schüsse auf Kühne ab. Eine Kugel drang Kühne in die Brust, die andere in den Mund. Tödlich getroffen laut der 35 Jahre alte Mann an der Haustür zum Hof zusammen. Eine zufällig vorbeigehende Schutzmannspatrouille nahm sofort den Täter fest. Er bereitete seine Handlung nicht, er brütete sich sogar damit und sagte: „Ich habe ihn niedergeschossen! Ich war in Notwehr, da kriegte ich höchstens acht Tage!“ — Am Sonntag nachmittags sollte die feierliche Einbalsamierung und der Aufzug der neuen Glocken der Friedenskirche in S. Gohlis stattfinden. Schon im Schillerhain, wo der Festzug sich ordnete, versuchten einige der streikenden Transportarbeiter die Aufzüge der drei Festwagen zu überreden, nicht zu fahren, sahen jedoch von einer Störung ab, nachdem Polizeibeamte vermittelnd eingegriffen hatten, so daß der Festzug seinen programmatischen Verlauf nehmen konnte. Als der Zug gegen 1/2 Uhr nachmittags vor der Kirche eingetroffen war und die Weichseiler begannen hatte, entzündeten plötzlich eine Anzahl Streifen eine rote Fahne und johlten und sangen, so daß sich der zahlreich erschienenen Zuschauer eine große Empörung bemächtigte. Polizeibeamte und einigen Männern aus der Zuschauermenge gelang es aber schließlich, die Ruhe vollständig wieder herzustellen, so daß die Feier dann ohne weitere Störung zu Ende geführt werden konnte.

Wichtiges

Bericht über die öffentliche Gemeindevorstellung in Gröba

am 11. September 1922, abends 7 Uhr, im Sitzungssaal der Zentralschule.

Vom Kollegium fehlten entschuldigt die Herren Matthes und Schiller. Anwesend waren ferner die Herren Gemeindevorstand, Götter und Schmidt, sowie Herr Ortsbauamtsleiter Ragner. Der Zuhörerroman war gut besucht. Die Sitzung leitete Herr Gemeindevorstand Hans.

1. Die vom Bauauswahnschuss vorgeschlagene Erhöhung des Zinsfußes für ausgeliehene Sparpforten und Gemeindepforten vom 1. Januar 1923 ab auf 6%, sowie des Lombardzinsfußes auf 7% wurde gegen die Stimmen der Bürgerlichen beschlossen.

2. Mit der Erhöhung der Zeichenfrauentage ab 1. Oktober d. J. erklärte sich der Gemeindevorstand einverstanden. Die Gebühren würden wie folgt festgesetzt: für Verpflegung von Kinderleichen im Alter bis zu 6 Jahren 120 M., von 7 bis 14 Jahren 150 M., für Leichen von Erwachsenen 200 M.

3. Herr Expedient Hausold, Schulkrasse 6 wohnhaft, bezieht im Nebenberuf Handel mit Beerenweinen. Er hat um Verkaufserlaubnis von Vikar in geschlossenen Flaschen nachgehakt. Auf Verlangen der Amtshauptmannschaft nach Prüfung der Bedürfnisfrage ist der Verwaltungsausschuss überlegen gekommen, daß ein Bedürfnis nicht vorliegt. Man beschloß deshalb in diesem Sinne.

4. Zur Durchführung des Reichsmietengesetzes macht sich auch für die Wohnungen in der 2. und 3. Baugruppe an der Oststraße eine Erhöhung des Mietzinses notwendig. Nach den Vorschlägen des Bauauswahnschusses kommt ab 1. Oktober d. J. eine Mietzinssteigerung von 40-44% für die Wohnungen in der 2. und eine solche von 20-21% in der 3. Baugruppe in Frage. Der für letztere Wohnungen angelegte niedrigere Erhöhungssatz erklärt sich durch den Umstand, daß bereits der jetzige Mietzins infolge der bedeutend höheren Wetteilungskosten entsprechend höher ist. Der Bauauswahnschuss schlägt vor, künftighin in beiden Baugruppen gleiche Mieten für gleichgroße Wohnungen festzusetzen. Das Kollegium genehmigte einstimmig die vom Bauauswahnschuss vorgeschlagenen Mietzinssteigerungen. — Im Anschluß hieran wurde

5. der Erhöhung des Mietzinses für die Wohnungen in Gemeindegroßgrundstücken im Prinzip zugestimmt. Die Festsetzung eines Nachlasses von 10% auf die Grundmiete für die Dienstwohnungen im Gemeindeamt und im Gaswerk wurde beschlossen, sowie die Festsetzung eines Aufschlages auf die Grundmiete für werdende Anlagen, als Post, Sparkasse, Strotasse, gutgeheißen. Das Nähere in dieser Angelegenheit soll von dem zuständigen Ausschuss nochmals durchberaten werden.

6. Der Kirchenvorstand hat eine Erhöhung des Wachtzinses für die Schrebergärten an der Steinstraße beantragt. Nach den im Jahre 1919 mit dem Kirchenvorstand gepflogenen Verhandlungen soll der Wachtzins aller 6 Jahre festgesetzt werden. Der Bauauswahnschuss hat die vom Kirchenvorstand beantragte Erhöhung von 4 auf 40 Pfennig pro Quadratmeter, rückwirkend auf 1. Oktober 1921, entschieden abgelehnt und beschlossen, den Preis für den Quadratmeter Gartenland auf 20 Pfennig ab 1. Oktober 1922 festzusetzen. Das Kollegium lehnte den Vorschlag des Bauauswahnschusses ab und beschloß, den Antrag des Kirchenvorstandes auf sich beruhen zu lassen und den Beschluß des eventl. vom Kirchenvorstand anzurufenden Pachtvertragsabwartens abzuwarten. — Herr Gemeindevorstand Hans bemerkte hierzu, daß eine Erhöhung des Wachtzinses nicht zu umgehen sei, da bereits jetzt ein Defizit in der Pachtlandkasse zu verzeichnen wäre. Es seien trotz des regenreichten Sommers ja 700 km mehr Wasser verbraucht worden, weshalb zu größerer Sparsamkeit im Wasserverbrauch vermahnt werden müsse.

7. Herr Gem.-V. Schmidt berichtete über den Ankauf und die am 9. August d. J. erfolgte Übernahme des früheren Bionier-Lesungspolplatzes am Sudlich und verlas die wegen Verpachtung des Grundstückes an die Bionier-Lesungsgesellschaft mit letzterer getroffene Vereinbarung. Darnach soll der Bionier-Lesungsgesellschaft der frühere Bionier-Lesungspolplatz zum Einbau von Kleinwohnungen käuflich überlassen werden, Grund und Boden bleibt jedoch Eigentum der Gemeinde. Von dem etwa 200000 Quadratmeter großen Gelände tritt die Gemeinde an die Bionier-Lesungsgesellschaft den größten Teil pachtweise ab. Der Pachtvertrag lautet auf 100 Jahre. Etwa 40000 Quadratmeter Fläche verbleiben

der Gemeinde für Wohnungsbauten und zur Anlage eines Sportplatzes. Zur Sportplatzfrage wurde beschlossen, den Bauauswahnschuss zu beauftragen, mit der Gemeinde Weiba zu verhandeln und eventl. mit Vertretern der Sportvereine und mit Sachverständigen Rücksprache zu nehmen.

8. Von der Erhöhung der Weibschickanteile für die Spar- und Bauauswahnschuss von 200 auf 500 M. wurde Kenntnis genommen.

9. Verschiedenes. Der Herr Gemeindevorstand gab Kenntnis davon, daß der Gemeinde zur Aufschaffung von 10 Wohnungen 500000 M. Baukostenzuschüsse verwilligt wurden, ferner davon, daß der Gemeinde Bauprämien von insgesamt 149800 M. zugesichert worden seien. — Einer Einladung des Bauauswahnschusses zur Befestigung der Schulküche soll vom Kollegium entsprochen werden. Die Befestigung wird kommenden Sonntag nachmittags 2 Uhr erfolgen. — Herr Gem.-V. Götter gab eine Mitteilung des Rates der Stadt Meiba, betr. das Kaufmanns- und Gewerbegericht, bekannt und teilte mit, daß die Wahlen hierzu demnächst erfolgen würden. Er bat ferner, der Einladung zu einer Sitzung des Vereins für Volksbildung und Kunstpflege Folge zu leisten. — Hiernach wurde die bereits in letzter Gemeindevorstellung angelegte Frage der diesjährigen Kartoffelerzeugung wieder erörtert. Herr Führer betonte, daß in letzter Zeit mehrfach beobachtet worden sei, wie hiesige Gutsherrliche höhere Posten Kartoffeln zur Verladung nach der Bahn gebracht hätten. Durch dieses Vorgehen glaube er die aussehende Kartoffelerzeugung der hiesigen Einwohnerschaft gefährdet. Herr Führer erklärte, es müßten unverzüglich Mittel und Wege gefunden werden, um wenigstens den bedürftigsten Gemeindegliedern Kartoffeln zu erteillichen Preisen zu kommen zu lassen. Nachdem Herr Gem.-V. Schmidt wiederholt zum Ausdruck gebracht hatte, daß es nicht am guten Willen liege, sondern die Angelegenheit am Mangel von Deckungsmitteln scheiterte, wurde auf Antrag des Herrn Gorn beschlossen, scheinlich bei der Amtshauptmannschaft vorstellig zu werden, um durch deren Unterstützung Kartoffeln zu billigerem als dem jeweiligen Marktpreis zu erlangen oder zu veruchen, durch die Amtshauptmannschaft Bar-mittel zu erhalten, mit denen den in Frage kommenden freien Kartoffelbarkeiten verschafft werden könnten. Im übrigen soll der Wirtschaftsausschuss sich nochmals mit der Kartoffelangelegenheit befassen. — Frau Schäfer bemängelte sodann die gegenwärtige Juchenerzeugung und ersuchte den Wirtschaftsausschuss, auch hier, insonderheit bei der Preisgestaltung, kontrollierend vorzugehen. — An Stelle des Herrn Führer, der bereits mehreren anderen Ausschüssen angehört, wurde Herr Führer in den Finanzausschuss berufen. — Hierauf folgte nichtöffentliche Sitzung.

Neueste Nachrichten und Telegramme

vom 12. September 1922.

Die Frage des Schutzes der Kinderarbeiten.

X Genf. In einer interessanten und eingehenden Debatte über das Problem des Kinderarbeitens führte die gezeigte erste Besprechung der Väter der südamerikanischen Delegierten Murray und des lettischen Delegierten Walters im Rahmen des 6. Ausschusses der Völkerbundversammlung (politische Angelegenheiten). Der Antrag Murray bezieht, die im Ratsbericht erwähnten Kinderarbeitprobleme im Interesse der Kinderarbeiten durch eine besondere Kommission der Versammlung prüfen zu lassen. Zu den von ihm angeführten Punkten gehört auch die Frage des Schutzes der Kinderarbeiten in den baltischen Ländern, die noch nicht endgültig geregelt ist. Auf der Völkerbundversammlung von 1921 hatten nämlich die Vertreter von Estland, Lettland und Litauen vor ihrer Aufnahme in den Völkerbund Erklärungen unterzeichnet, in denen sich ihre Regierungen verpflichteten, mit dem Völkerbundrat zum Zwecke der Festlegung des Schutzes ihrer Kinderarbeiten in Verhandlungen zu treten. Diese Verhandlungen haben dann geführt, daß in der Sitzung des Rats vom 12. Mai 1922 Utanen eine Erklärung unterzeichnete, deren Bestimmungen dem polnischen Kinderarbeitenvertrage nachgebildet sind, während die Verhandlungen zwischen dem Rat und Estland und Litauen bis heute noch nicht abgeschlossen sind. Der lettische Vertreter möchte nun unter Vermittlung solcher Einzel-erklärungen die Kinderarbeitenfrage auf dem Wege eines internationalen Kinderarbeitenabkommens oder durch Abänderung des Pakts gleichermaßen für alle Völkerbundsmitglieder und alle Kinderarbeiten gelöst werden. Nach einer Auseinandersetzung zwischen Murray und Walters machte Murray einige neue Vorschläge, die zum Teil den Gesichtspunkten Walters Rechnung tragen sollen. Sie haben einerseits die Vereinfachung des vom Völkerbundrat vorgeschlagenen Verfahrens zum Kinderarbeiten in wichtigen Fällen, andererseits die stärkere Handhabung der Vorschriften, die den Kinderarbeiten gegenüber den Staaten ermahnen, denen sie angehören, hervor. Die Debatte über die Kinderarbeitenfrage, die in der heutigen Sitzung vor allem die Gegenläufe zwischen der politischen Auffassung und der formalistischen, juristischen Einstellung beleuchtete, soll in der nächsten Sitzung fortgesetzt werden.

X Genf. Im übrigen Verlaufe der Sitzung des 6. Ausschusses (politische Angelegenheiten) der Völkerbundversammlung wurden die Frage der Mandate auf Grund der Bekämpfung der Sklaverei, die Belagard (Haiti) in einem Antrage zur Debatte stellte, einer besonderen Unterkommission überwiesen.

In die weitere Debatte über das Ausnahmegefecht Ungarns konnte die 6. Kommission noch nicht eintreten, da der mit dieser Frage betraute Unter Ausschuss vorläufig seine Sitzungen eingestellt hat, um die bei der Vorkonferenz und den interalliierten Militärbehörden eingehenden Erklärungen über den Stand der ungarischen Rüstungen noch abzuwarten.

Das Abrüstungsproblem.

X Genf. Am 3. Ausschuss der Völkerbundversammlung (Abrüstung) kam es gestern zu einer allgemeinen Aussprache über das Abrüstungsproblem. Der brasilianische Vertreter Oliveira wies darauf hin, daß das Abkommen von Washington über die Beschränkung der Rüstungen zur See nicht auf die ozeanischen Staaten anwendbar sei, die für ihre Flotten von der ausländischen Industrie abhängig seien. Wilber (England) regte an, ob nicht neue Schritte bei den Regierungen notwendig seien, um zu ermitteln, inwieweit die in den Haushalten vorgesehenen Verminderung der Rüstungsausgaben wirklich erfolgt sei. Außerdem bemerkte er die Forderung einer internationalen Konferenz für die Verallgemeinerung der Grundsätze des Washingtoner Abkommens und einer anderen internationalen Konferenz, die unter Beteiligung der Vereinigten Staaten die Regelung des privaten Handels mit Waffen und Kriegsmaterial herbeiführen soll. Der französische Delegierte de Juvenel hielt darauf die in der Vellage der vorliegenden Nummer des Rieseer Tagbl. gemeldete Rede. Nachdem der schweizerische Vertreter Ferrer die Versicherung abgegeben hatte, daß die Schweiz als friedliebender Staat nicht technischer Wünsche, als ihre militärischen Lasten noch weiter beschränken zu können, und dies auch nach Lage der Dinge durchführbar werde, hielt der norwegische Vertreter eine längere Rede, in der er das Spökem der Regenden Deere bekämpfte. Regionale Abkommen seien nur zulässig, wenn sie zur Universalität führten. Das beste wäre, wenn das notwendige internationale Abkommen durch die Völkerbundversammlung selbst geschaffen werde. Den Plan einer internationalen Kontrolle billigte er, jedoch nicht die Bildung

eines internationalen Generalrats. Abkommen zur Bekämpfung inhumaner Kriegsmittel würden im Kriege doch nicht innegehalten. Es gebe nichts, den Krieg zu humanisieren; der Krieg selbst müsse abgeschafft werden. Gerade in der Frage der Abrüstung erwarb die Welt vom Völkerbunde Nutzen. Lord Robert Cecil gab im Anschluß an die Rede die Äußerung zu, daß die Abrüstungsfrage nur etappenweise gelöst werden könne. Auch vertrete er den Plan eines Garantievertrages; aber das Garantie-Abkommen müsse bedingt sein durch Abrüstung. Das System der regionalen Abkommen sei gefährlich; ihm sei zweifellos ein allgemeines Abkommen vorzuziehen. Auf Antrag des Präsidenten der Kommission, des Kubaners Torriente, wurden zwei Untersuchungsausschüsse ernannt, um die statistischen Erhebungen über die Abrüstungsbeschränkungen und die Frage der Waffenfabrikation und des Waffenhandels näher zu prüfen.

Ein unabhängiger rheinischer Staat.

Paris. Der frühere Minister Senator Desbarnat hielt in Tours eine Rede, in der er u. a. sagte, das französische politische Programm müsse folgende zwei Punkte umfassen, 1. die allgemeine Verabreichung der interalliierten Schulden und 2. die Steigerung der Sachlieferungen. Er begründete warm das Abkommen von Wiesbaden und den zwischen Lubiatz und Stinnes abgeschlossenen Vertrag und warf am Schluß die Frage auf, ob nicht der Augenblick gekommen sei, einen unabhängigen rheinischen Staat zu schaffen, der die Sicherheit Frankreichs am Rhein herstellte und damit die Verabreichung des französischen Militärbudgets erlaube würde. Dann würde die Aufnahme einer internationalen Anleihe durch Deutschland möglich sein.

Paris. Das Aktionskomitee der zerstörten Gebiete nahm gestern nachmittag die Erklärungen des Generalsekretärs Douceme über die Vorschläge der deutschen Arbeiterverbände bezüglich der größeren Lieferung von Material für den Wiederaufbau der zerstörten Gebiete entgegen. Das Komitee nahm folgende Tagesordnung an: Das Aktionskomitee für den Wiederaufbau der zerstörten Gebiete fordert die deutschen Arbeiterorganisationen auf, Delegierte zu entsenden, damit diese, mit den nötigen Vollmachten versehen, in Paris mit dem Aktionskomitee verhandeln können. Douceme erklärte im Schlußwort, die Unterzeichnung des Abkommens Stinnes-Lubiatz bedeute einen Schritt vorwärts zu einer rationellen Methode des Wiederaufbaus, und sprach die Hoffnung aus, daß die französische Regierung keine Einwendungen gegen das Abkommen erheben werde; denn das Bedürfnis nach einem solchen Vertrage mache sich in jeder Beziehung geltend.

Motorlofer Katastrophe.

Paris. Der Kapitän Serne, ein Pilot des Luftpostdienstes Paris-London, kündigt an, daß er binnen kurzem verheiratet werde, den Kanal mit einem motorlosen Flugzeug zu überfliegen.

Belgischer Ministerrat.

Paris. Am Montag hat in Brüssel ein Kabinettsrat stattgefunden, vor dem die belgischen Vertreter bei den Berliner Verhandlungen Bericht über das Ergebnis der Verhandlungen erstatteten. Das Kabinett hat dann über die deutschen Forderungen beraten, die Frist zur Einlösung der Schatzwechsel auf 18 Monate zu verlängern. Nach dem „Temps“ wäre das Kabinett zu dem Beschluß gekommen, den deutschen Antrag abzulehnen. Ueber die Garantien, die Deutschland angeboten habe, hätte keine Erörterung stattgefunden, da man sich auf den Standpunkt stellte, daß die Verhandlungen gescheitert wären.

Nachmittags wurde eine neue Sitzung abgehalten, über deren Verlauf noch nichts bekannt ist. Der „Temps“ berichtet, daß die belgische Regierung von der deutschen fordern werde, Sechsmonatsschatzwechsel für die nächsten beiden Monate, 15. August und 15. September zu je 50 Millionen Goldmark zu übergeben und gleichzeitig die Goldüberweisungen in die Wege zu leiten, durch die die Wechsel garantiert werden sollen. Das Gold soll in der Nationalbank in Brüssel deponiert werden. Ob diese „Temps“-Information den Tatsachen entspricht, ob ein dahingehender Beschluß in der gestrigen Nachmittags-Sitzung des Kabinetts in Brüssel gefaßt worden ist, konnte bisher nicht ermittelt werden. Es wird jedenfalls in uninteressierten Kreisen behauptet, daß der Beschluß, den das belgische Kabinett gefaßt haben sollte, schon heute der Reichsregierung übermitteln werden würde. Man erwarte ferner zunächst eine Mittheilung der deutschen Regierung. Dann erst werde die belgische Regierung dem Wiederherstellungsausschuß Bericht erstatten. Der „Intransigent“ meint, nunmehr müsse die Reparationskommission das schuldhafteste Verhalten Deutschlands feststellen. Sie werde wahrscheinlich vorschlagen, daß die Brüsseler Finanzkonferenz zu Ende Oktober oder Anfang November zusammenzutreten werde, um sich mit dem Reparationsproblem aufs neue zu befassen. Aber es wäre nicht sicher, daß die französische Regierung gekniet werde, das Problem solange zu vertragen.

Das „Verl. Tageblatt“ bemerkt zu den vorstehenden „Temps“-Mittheilungen: Ähnliche Mittheilungen aus Brüssel hat der „Temps“ schon vorgestern veröffentlicht. Sie handeln im Widerspruch zu der Auffassung des Brüsseler „Times“-Korrespondenten, der die Haltung der belgischen Regierung als nicht so unangenehm schilderte. Dem „Intransigent“ wird aus Brüssel berichtet, Stinnes habe an einer Garantie-

aktion der deutschen Industrie nur mitwirken wollen, wenn man ihn in die Regierung einziehen lasse. Doch Stinnes für sich persönlich einen Ministerposten beansprucht, scheint und nicht zureichend — der Berichterstatter des Pariser Blattes hat offenbar Mittelungen, denen gewisse Tatsachen zugrunde liegen dürften, falsch aufgefaßt. Der „Intransigent“ versichert ferner, der englische Botschafter in Berlin Lord d'Abernon habe während der Verhandlungen interveniert und den Belgiern angeboten, daß die Schatzwechsel in England garantiert werden sollten, falls Belgien ihre Verlängerung um einige Monate zugesche. Daraus habe aber von einer englischen Intervention und von einer Verlängerung der Schatzwechsel nichts wissen wollen.

Besprechungen über die Lage im Orient.

Paris. Nach einer Davaos-Meldung aus London hat die britische Regierung der französischen Regierung mitgeteilt, angefaßt der Schwierigkeiten, die sich im Orient entwickeln könnten, sei die Konferenz über die Regelung der Verhältnisse zwischen Griechenland und der Türkei in ihrer ursprünglichen Form gegenstandslos. Es handle sich jetzt um die viel ernsthafte Frage der allgemeinen Friedensregelung im Orient. Infolgedessen sei es notwendig, daß vor irgendeiner Zusammenkunft betreffende Besprechungen zwischen den Kabinetten in London, Rom und Paris sowie der Regierung von Ankara gefaßt werden, um Verhandlungen über die allgemeine Regelung der orientalischen Frage zwischen Europa und der Türkei und über die Änderung des Vertrages von Sevres vorzubereiten.

England zum Eingreifen bereit.

London. Die gestrigen Meldungen aus Smyrna und Konstantinopel lassen die Lage recht bedrohlich erscheinen. Die alliierten Vertreter richteten am Montag eine Note an Kemal, in der sie ihn warnen und ihm anforderten, daß die Konstantinopel verteidigen würden. Meldungen besagen, daß nach den letzten Verstärkungen genügend alliierte Truppen zur Verteidigung der Stadt vorhanden seien. Offiziell wird hier erklärt, die englischen Kriegsschiffe würden eingreifen. Jede Bedrohung der englischen Stellungen in Kleinasien oder in Indien würde das Signal zum Eingreifen geben.

Vermischtes.

Ein deutsches Sprit-Schiff untergegangen. Das deutsche Motorschiff „Schwalbe“ (Hamburg) ist mit seiner vier Mann starken Besatzung an der dänischen Küste untergegangen. Seine Spritladung ist verloren.

Im Untergang der „Damonia“. Kreuzer meldet aus Gibraltar, der Dampfer „Soldier Prince“, der sich jetzt südlich von Gibraltar befindet, habe drahtlos mitgeteilt, daß er 61 Passagiere des untergegangenen Dampfers „Damonia“ an Bord habe. — Die Davao teilt mit: Nach aus Vigo erhaltenem Telegramm erlitt unter auf der Fahrt nach Riba und Mexiko befindliches Post- und Passagierdampfer „Damonia“, nachdem er Vigo als letzten europäischen Anlaufhafen verlassen hatte, etwa 100 Seemeilen von dort entfernt in der Nacht vom 9. September durch einen schweren Sturm verhängte Beschädigungen, daß das Schiff vollständig manövrierunfähig wurde. Mehrere auf den drahtlosen Hilferuf des Kapitäns herbeigeeilte Dampfer retteten die gesamten 800 Passagiere der „Damonia“ und die gesamte Mannschaft. Die „Damonia“ ist 1909 auf der Glasgower Werft erbaut, mit allen Einrichtungen für die Passagier-, Fracht- und Postbeförderung versehen. Sie wurde zusammen mit der gleichartigen „Hollatia“ in Holland von der Fabrik erworben. Im April 1922 wurde nach achtjähriger Unterbrechung mit diesen beiden Dampfern der Passagierdienst über die spanischen Häfen nach Mexiko wieder aufgenommen. Das gesunkene Schiff, das einen Raumbesitz von 7900 Br.-Reg.-Tonnen hatte, verfügte über Einrichtung für etwa 120 Passagiere 1. Klasse, etwa 115 der Mittelklasse und etwa 750 für Zwischendeckpassagiere. Die Besatzung betrug in der Regel 179 Personen.

Wenn man 5000 Dollar findet. Der Festung des allseits beherrschenden Dollars konnte ein bisher völlig unbekannter Mann, der Bankbeamte R., nicht widerstehen. R. stammt aus einer guten Familie und befindet sich in durchaus auskömmlichen Verhältnissen. Als er eines Tages auf einer Bank in der Behrensstraße von seinem Privatkonto 100 000 Mark abgehoben hatte und sich gerade vom Cashier entfernen wollte, machte ein Privatbote ihn darauf aufmerksam, daß er seine Brieftasche verloren habe. Tatsächlich lag auch eine Brieftasche am Boden, die R., obwohl sie ihm nicht gehörte, aufhob und zu sich nahm. Als er draußen den Fund in näheren Augenblicken nahm, fand er in der Tasche einen auf den Namen eines Amerikaners France lautenden Kreditbrief über 5000 Dollar. Nach einem kurzen Kampf mit sich selbst ging er zur Deutschen Bank, um sich dort das Geld auszahlen zu lassen. Inzwischen hatte aber der Amerikaner nach Entdeckung des Verlustes die Kriminalpolizei benachrichtigt, die daraufhin bei sämtlichen Banken telephonisch den Kreditbrief hatte sperren lassen. Schon wollte R., die Quittung über 400 Dollar — mehr konnte ihm die Bank im Augenblick nicht auszahlen — unterschreiben, als der Telefonanruf ankam. Er wurde verhaftet und in das Untersuchungsgefängnis eingeliefert. Da R. völlig un-

bescholten ist, wurde er durch Gerichtsbeschluss ohne Stellung einer Kaution aus der Haft entlassen.

750 Millionen Dollars Schaden durch einen Sturm. Das amerikanische Ackerbau-Ministerium veröffentlicht eine Schätzung, nach der durch den Baumwollwurm verursachte Schaden bei der Baumwollernte von 1921 auf 750 Millionen Dollars angegeben wird. Es ist dies die gewaltigste Schädigung, die bisher durch dieses gefährliche Insekt hervorgerufen wurde. Der Baumwollwurm ist ein kleiner grau-grüner Käfer von etwa 1/4 Zoll Länge; er wanderte von Mexiko aus in den Vereinigten Staaten ein und machte sich zum ersten Mal im Jahre 1893 in den Baumwollfeldern von Texas bemerkbar. Dann ist er Jahr um Jahr weiter nordwärts gewandert und hat den amerikanischen Baumwollpflanzen bereits ungeheure Verluste zugefügt.

Die Wasserkräfte der Welt. Der geologische Dienst der Vereinigten Staaten schätzt die Wasserkräfte der Welt auf ungefähr 439 Millionen Pferdekraft, wovon 23 Millionen oder 5,24 Prozent heute ausgebaut sind. Von den europäischen Staaten weist Norwegen mit 5,3 Millionen PS die meisten Wasserkräfte auf, dann kommt Frankreich mit 4,7 Millionen, Schweden mit 4,5 Millionen, die Schweiz mit 4 Millionen, Spanien mit 4 Millionen, Italien mit 3,8 Millionen, Oesterreich mit 3 Millionen, Jugoslawien mit 2,8 Millionen, Rußland mit 2 Millionen, Deutschland mit 1,425 Millionen und England mit 0,585 Millionen. Prozentual sind in Deutschland am meisten Wasserkräfte ausgebaut, nämlich 43 Prozent der verfügbaren, in England 35 Prozent, in Italien 30 Prozent und in Schweden 20 Prozent.

Die Antiloge gegen die Rathenau-Mörder.

Den 18 Angeklagten im Rathenau-Mord-Prozess ist nunmehr die Anklageschrift zugehakt worden. Einer Berliner Lokal-Korrespondenz zufolge führt die Anklageschrift aus, daß die Vorberatungen zur Tat nach dem Ergebnis der Voruntersuchung etwa in die Zeit bis zum 10. Juni fallen.

Um diese Zeit kamen Fischer und Kern, die bis dahin in Hloha in Sachsen gewesen waren, nach Berlin und ließen in einem Pensionat in der Bernburger Straße ab, um nach einigen Tagen in die Pension Scheer, Am Hirsau 10, zu übersiedeln. Mit ihnen zusammen wohnte dort auch der Angeklagte v. Salomon, der sich „vergnügungshalber“ in Berlin und Potsdam aufhielt. Kern erzählte Salomon, daß er einer „nationalen Sache“ wegen in Berlin sei. Aus gewissen Andeutungen glaubte Salomon entnehmen zu können, daß die beiden ein Attentat auf Minister Rathenau vorbereiteten. Dieser Verdacht beschäftigte sich, als Kern Salomon aufforderte, nach Kiel zu fahren, um dort einen „zuverlässigen“ Chauffeur zu besorgen. Tatsächlich fuhr der angeklagte Salomon am 17. Juni nach Kiel und dann, als seine Bemühungen dort zwecklos waren, nach Hamburg, wo er den Angeklagten Warnede aufsuchte. Warnede brachte Salomon mit dem Direktor Niedrig in Verbindung, der den Kraftwagen zu dem Attentat neuern sollte. Anfanglich war Niedrig bereit und fuhr auch mit Salomon nach Berlin. Man erdrierte bis in alle Einzelheiten, wie das Attentat ausgeführt werden sollte. Inzwischen hatte Kern jedoch einen anderen Führer für den Kraftwagen gefunden und Niedrig reiste nach Hamburg zurück.

Während der Abwesenheit Salomons waren Fischer und Kern mit dem Studenten Ernst Werner Tschow in Verbindung getreten, indem sie sich als Angehörige der Brigade Ehrhardt ausgaben. Wie Tschow behauptet, haben Fischer und Kern ihm erzählt, es bestände ein Plan, Minister Rathenau zu ermorden, und sie wollten sich hierüber näher informieren. Weiter erzählte Fischer, daß er aus Sachsen ein Automobil erwarte, mit dem das Attentat ausgeführt werden sollte.

Der Urheber des Mordplanes war nach Angabe Fischers der Unterprimaner Heinz Studenrauch, der dem Deutschnationalen Jugendbund angehört. Studenrauch war mit dem Angeklagten Günther befreundet und hatte diesem gegenüber die Absicht geäußert, Rathenau im Reichstag zu erschlagen. In diesem Zwecke beharrte er, Günther, jedoch eines Revolvers. Von diesem Plane Studenrauchs hat Günther auch den beiden Brüdern Tschow und anderen Personen Mitteilung gemacht, so daß die Kunde von dem Attentatsplan auch zu Fischer und Kern gelangte. Durch Vermittlung des jüngeren Tschow versuchten Fischer und Kern Günther kennen zu lernen, um näheres über den Mordplan zu hören. Gleichzeitig schickten Fischer und Kern den älteren Tschow am 18. Juni nach Dresden, um dort das Auto in Empfang zu nehmen. Tschow wurde auf dem Bahnhof in Dresden von dem jetzt flüchtigen Studenten Günther Brand in Empfang genommen, der den Boten nach Freiberg brachte und dort mit dem Fabrikanten Fritz Küchenmeister in Verbindung setzte.

Während dieser Reise kamen Fischer, Kern, der jüngere Tschow und Günther in der Wohnung der Frau Tschow zusammen. Fischer und Kern waren der Ansicht, daß Studenrauch noch zu jung sei, um das Attentat auszuführen, und trafen sich am nächsten Tag mit Tschow und Günther, den sie beauftragten, eine Garage zu besorgen. Inzwischen hatte der Fabrikant Johannes Küchenmeister sich mit Ernst

gegen 4000 im August 1921. Ihre Zahl hat sich also in den zwei korrespondierenden Augustmonaten 1921 und 1922 fast verdoppelt, gegen Juli 1922 um 2500 erhöht. Das Mehr entfällt zudem in der Hauptsache auf den härtesten Besuch von Belgien und Niederländern, deren Zahl gegen den Vormonat Juli gestiegen ist, bei den Belgiern von 680 auf 1270 (!) und bei den Holländern von 2500 auf 4600 (!). Sie alle kommen und laufen, kaufen, kaufen, derweil der arme Deutsche hinter den Schaufenstern die Herrlichkeiten liegen sieht, die in unwahrscheinlichem Anschaffungspreisverhältnis zum Inhalt der Brieftasche stehen. Man wird einwenden, daß es von den Geschäftleuten nicht schön sei, das alles herzugeben. Die meisten denken eben einfach dabei Geschäft ist Geschäft, aber es gibt in der Tat auch einige Geschäfte, die an Ausländer nichts abgeben und dabei — die Gefoppten sind, denn der Ausländer läßt sich dann die Sachen einfach von Düsseldorfern gegen ein Kaufgeld herausholen. Dieses Herausholen der Waren durch Düsseldorf ist bereits ein neuer Beruf geworden, ein Beruf für Beruflose. . . . Heinrich Schulz.

Kunst und Wissenschaft.

Wieder ein Filmverbot aufgehoben. Die Filmprüfungsstelle hatte im Juli einen Film, der das Leben und Treiben an Bord eines ehemaligen Kriegsschiffes zeigt, mit der Begründung verboten, daß eine derartige Vorführung im gegenwärtigen Zeitpunkt geeignet sein könnte, die Beziehungen Deutschlands zu auswärtigen Staaten zu gefährden. Auf eine Beschwerde hat sich jetzt die Filmüberprüfungsstelle mit der Angelegenheit befaßt. Sämtliche hinzugezogenen Sachverständigen der Reichs- und Staatsorgane für die öffentliche Ordnung, des Auswärtigen Amtes und der Marine haben übereinstimmend erklärt, daß der Film in keiner Weise geeignet sei, die Beziehungen Deutschlands zu auswärtigen Staaten zu gefährden. Die Filmüberprüfungsstelle hat das Verbot aufgehoben und den Film zur öffentlichen Aufführung auch für die Jugendlichen zugelassen.

Düsseldorfer Brief.

Es besteht. — Brunnenanatomie. — Ein trauriger Refektor.

Düsseldorf, Anfang September.

Das Raub fällt von den Bäumen, die Gartenstadt am Niederrhein verliert ihre schönste Blüte. Der elende Fuß des Großstädters raschelt über herbstlichen Teufel. Im Hofgarten, sonst waldig dicht, kann man heute schon durch alle Hecken sehen, und Düsseldorf's Via triumphalis, seine Königsallee, schaut aus wie ein schlecht gepflegtes Ohn. Ständig heben die Zweige in die Luft, aller fleisch unermüdlicher Straßentrotter kann das Raub nicht weg schaffen, denn es fällt, fällt unaufhaltsam in ewigem Neigen, es taumelt zu Boden in gelben, roten oder grünlichen Farben, ohne zu hocken, ohne eine Pause zu machen. Hier, wo der Frühling so stierlich als allererstes Bote in deutschen Landen aufkommt, ist auch der Herbst ein früher, allzukrüher Gast. Am Rhein gefüllt sich zu ihm noch ein pausbodiger, unfreundlicher Wind, der unentwegten Seglern willkommen sein mag, der den Durchschnittsmenschen aber schnell wieder in geschaltete Straßen zurücktreibt. Das große Sterben in der Natur ist unlegbar da, in der Stadtgärtnerei suchen sie schon die Teile der Bretterhäusern zusammen, um die wertvollsten Denkmale der Stadt mit schwebender Holzfülle zu umfassen.

Auch den Märchenbrunnen im Hofgarten möchte sie ausheben, der in diesem Sommer wieder eine tolle Geschichte erlebt hat. Als er Anfang dieses Jahres zum erstenmal ausgeheilt wurde, war ihm gleiches Mißgeschick zum zweitenmal widerfahren. Damals wie jetzt hatten ihm menschliche Menschen Teile weggeschlagen, so daß er eines Morgens verkrüppelt und geschändet den entsetzten Besucher grüßte. Wer war nicht in Düsseldorf, und hat sich an diesem Brunnen erfreut? — Er ist das Entzückende jedes Besuchers, und gerade er wird beschädigt. Von hohem Steinsockel grüßen die Warmfontänen herab. Ang umhüllungen hocken sie droben, wie sie Gott geschaffen hat. Ihre nackten Beinchen krecken sie abwärts in die

Luft. Das ist der Grund ihres Schreckens? Unten im Boden hocken drei Frösche, genau so freundschaftlich umschlungen wie sie, genau solche Nachfrösche wie sie selbst, und sie spritzen mit Wasser auf die drei Menschenkinder, aber der Wasserstrahl ist so eingerichtet, daß er die drei Frösche nicht trifft. Ueber dem Ganzen liegt eine tödliche Lieblichkeit, eine prachtvolle Märchenstimmung. Kinder jubeln, wenn sie ihn sehen, Erwachsene hemmen den wandernden Fuß, und gerade dieses Kleinod wird beschädigt. Beide Male sind die Beinchen abgeschlagen worden, jedoch man nun trauert die gebrochenen Gelenke sieht, und beide Male sind die Täter nicht ermittelt worden.

Ein trauriger Refektor hat die Gartenstadt am Niederrhein aufzuweisen: Sie hat im August die stärkste Fremdenverkehrsflut seit Kriegsende aufzuweisen. Was alle Städte in deutschen Landen freuen mag, für diese Stadt, die heute deutsche Grenzstadt ist, ist es in der Tat ein trauriger Refektor, denn die Menschen, die da kommen, interessieren sich nur um verschwundenen Zeit für die schöne Natur in Düsseldorf, oder für keine Kunststätten, sie alle, alle kommen, um zu hamstern, um diese Stadt anzukaufen, bis kein Grain Kaufbares mehr in ihr ist. Sie füllen die Straßen, in allen Sprachen der Welt hört man sie reden, und schlappen Pakete, als sei morgen heiliger Christabend. Steht man einen Augenblick vor einem Baden der Königsallee oder der Schadowstraße, um sich neugierig die prachtvollen Garderoben, die alten Stoffe oder die entzückenden Bijouterien anzusehen, so hört man links sofort französisch und rechts holländisch. Elegante Damen mit kokettgedackten Herren unterhalten sich, nur beschließend dies oder das noch aus dem Schaufenster herauszuholen zu lassen. Garderoben, Goldwaren, Toilettenfaschen, Stoffe, alles, alles, alles wandert ins Ausland. Diese Stadt wird so ausverkauft, daß man fast von einer Ausplünderung, Ausräuberung reden kann. 47 000 Nähtungen sind im August in Düsseldorf gegeben worden gegen 41 000 im Juli und 40 000 im August 1921. 21 000 übernachtende Personen waren im August da, und von diesen waren ein Drittel, rund 7000, Ausländer,

Französischer „Wiederaufbau“.

In diesen Tagen, in denen es privater Energie gelungen ist, den Wiederaufbau des durch die Kriegereignisse verheerten Nordfrankreich zum Gegenstand eines geschäftlich nicht politisch aufgemachten Programms zu machen, ist es nötig, in aller Offenheit einmal über die Unterlassungen der französischen Regierung zu sprechen. Bereits der ehemalige Außenminister Simons hat gelegentlich darauf hingewiesen, daß hinter der Verschleppung des französischen Wiederaufbaues planvolle Absicht stehe, die sich inzwischen in einem System von Korruption und Propaganda ausgemacht hat, wie es eben nur in Frankreich denkbar ist. Die Ableitung der zum Wiederaufbau, zur Verringerung bitterer Not bereitgestellten gänzlich unbedeutenden Summen in weit geöffnete französische Unternehmertaten bekommt ihre „moralische“ Rechtfertigung durch die absichtliche „Blage“ des Stenbs zum Zwecke einer für manche Kreise noch dazu sehr einträglichen Propaganda unter den das Land bereisenden Fremdenmassen. Ein amtlich mit dem Wiederaufbau betrauter Abgeordneter mit Namen Terpel hat nach dem „Ouvrier“ vom 24. 4. 21 diese Tatsache in die öffentlichen Worte gekleidet: „Meine Herren, wir ziehen es vor, in unserem Grab zu verbleiben, aber, als es durch die Hände von Würden und Brandstiftern zu schließlichen (mommt die deutschen Arbeiter gemeint sind). Lassen wir unsere Asche in Ruhe und unsere Ruinen nicht vergeßlichen in der Majestät ihrer Wüste.“

Die „Eidheutigen Monatshefte“, die ja in vorderster Kampffront für die Wahrheit in allen mit dem Kriege zusammenhängenden Fragen stehen, haben sich das Verdienst erworben, die oben zitierten Worte eines führenden französischen Politikers mit unanfechtbarem Material und französischen Quellen zu belegen und gleichzeitig durch eindrucksvolle Abbildungen, die französischen Reiseführer entnommen sind, französischen Wiederaufbau und deutschen Aufbau in Ostpreußen gegenüber zu stellen. Deutschland hat im Laufe weniger Jahre, während es, von aller Welt abgesehen, im härtesten Daseinskampfe stand, seine durch die Russen verwüstete preussische Ostprovinz musterhaft wiederhergestellt. In Frankreich bestand drei Jahre nach dem Waffenstillstand noch nicht einmal die Absicht, das Werk voll in Angriff zu nehmen, obwohl dem Lande die moralische und materielle Hilfe der ganzen Welt zur Verfügung stand, obwohl Deutschland sich bereit erklärt hatte, Arbeiterschaft und Material zu liefern. Das französische Unternehmertum hat von Anfang an einen erbitterten Kampf gegen den Gedanken, Deutschlands materielle und organisatorische Kraft auszunutzen, geführt, sehr gegen den Willen der heute noch auf Trümmern hockenden Leitenden. Man begnügte sich zunächst damit, einen Kredit von 30 Millionen Franken zur Verfügung zu stellen, um Hotelbaracken aus den schon genannten Gründen zu errichten. Ein riesiger Verwaltungsapparat wurde aufgebaut, der im Jahre 1920 bereits 254 788 540,85 Francs, also Milliarden nach unserem Geldwert kostete, bevor auch nur zwei Steine aufeinandergelegt worden sind. Die Kosten trägt — der Boche. Dieses Ministerium der „belebten Gebiete“ hat sich 2200 Verordnungen für die persönlichen Bedürfnisse seiner Beamten angeeignet, für Hilfskräfte sind im Jahre 1921 allein einhundert Millionen Mark ausgegeben. Man hat nun den „Wiederaufbau“ zuerst so begonnen, daß man den geschädigten (wie auch vielen ungeschädigten) Industriellen phantastische Erlaßsummen ausbezahlt hat. So hat beispielsweise das Gemische Unternehmen Ruhlmann, in dessen Verwaltung „zufällig“ der obenbenannte, gegen den Aufbau patriotisch begeisterte Abgeordnete Gropfel sitzt, 90 Millionen Frs. Entschädigung bekommen, während es 1914 ein Kapital von sechs Millionen Frs. besaß. Ein Fabrikant, Martigne mit Namen, hat sich Entschädigung für Waren zahlen lassen, die er den Deutschen zu guten Preisen verkauft hat. Zurückgelassene und wiederaufgefundene Maschinen sind meistens den ehemaligen Besitzern zum Altschrott verkauft, während man ihnen Entschädigung für neue zuerkannt hat. La boche payora — Beispiele für unerhörte Verschleuderungen, Bereicherungen, Diebereien — auf Reparationskonten finden sich in Unmengen. Tausende von Häusern hat man gänzlich verfallen lassen, während geringfügige Reparaturen sie erhalten hätten. Bauholz hat man herausgerissen und als Brennholz verkauft, ebenso Brunnenanlagen, Maschinen usw. als altes Eisen. Der Boche muß neue bezahlen! Ein Arbeitsheer von dreihunderttausend Mann, die deutschen Gesangenen, hat man inzwischen in sadistischer Gemeinheit mit unproduktiver Arbeit gequält.

Die Bevölkerung der zerstörten Gebiete leidet naturgemäß am meisten unter dieser Schmutz- und Dazpolitik. Abkimmungen im Sommergebiet haben Mehrheiten von 85 bis 90 Prozent für die unmittelbare Beteiligung deutscher Arbeit am Aufbau ergeben und auch die sofort eingeleitete Regierungspropaganda im entgegengesetzten Sinne hat hieran nichts ändern können. Wenn heute unter der Leitung von Hugo Stinnes die deutsche Privatwirtschaft Hand ans Werk legen will, so werden, nach bald vier Jahren sinnlosen Wartens, die Schwierigkeiten in jeder Beziehung getrieben sein. Man braucht nur an den sorgfältigsten Verfall einerseits und die deutsche Enttäuschung andererseits zu denken. Die französische Bevölkerung mag sich für ihr Land bei der eigenen Regierung bedanken. Deutschland aber hat ein großes Interesse daran, die in falschem Mitleid besangene Welt über die wahren Verhältnisse aufzuklären. Deutschland ist nicht schuld daran, wenn heute noch von Opern bis Reims die Ruinen ragen.

Die Völkerverbundshilfe an Oesterreich.

Der Sonderberichterstatter der „Prager Presse“ meldet aus Genf: Marquise Imperiale unterbreitete gestern der Spezialkommission des Völkerverbundes für Oesterreich einen ausführlichen Plan zur Reorganisation Oesterreichs. Das Memorandum enthält fünf Punkte und zwar: Finanz, Währung, Kontrolle, Verwaltung und Übergangsbestimmungen. Die Finanzreform sieht den Ausgleich des Budgets durch Steuererhöhung vor. Die Währung soll durch die Schaffung einer Notendbank saniert werden, wobei das Verhältnis der alten zur neuen Währung geregelt wird. Die internationale Kommission schlägt zum Zwecke des Budgetausgleichs die notwendigen Steuern vor. Die österreichische Regierung verpflichtet sich, diese Vorschläge der Kommission durchzuführen. Die österreichische Regierung möchte sich vorher zu diesem Zwecke vom Parlament die gesetzliche Vollmacht dazu verleihen lassen. Die internationale Kommission möchte nach dem Programm Garantien Oesterreichs erhalten, zu denen auch noch die Garantien der an Oesterreich unmittelbar interessierten Nachbarstaaten hinkommen. Besonders wichtig ist der Vorschlag, nach dem die Kredite in monatlichen Raten an Oesterreich zu zahlen wären, und nur, nachdem Oesterreich allmonatlich nachweist, daß die für den betreffenden Zeitabschnitt vorgesehenen Maßnahmen und zwar Steuererhöhungen, Beamtenentlassungen, Verwaltungsreformen tatsächlich bereits durchgeführt sind. Das Memorandum schließt mit dem Ausdruck der Hoffnung, daß der Oesterreich so gewährte Kredit tatsächlich nutzbringend verwendet werde, so daß die Sanierung Oesterreichs praktisch durchgeführt werden könne. Burselt subliert die Spezialkommission nach diesen Plan Imperialis.

Blutige Zusammenstöße in Bismarckhütte.

Acht Arbeiter und ein Polizeibeamter getötet.

Generaldirektor Rallenborg schwer mißhandelt. Aus Berlin wird gemeldet: Wie das „Tageblatt“ berichtet, haben gestern in Bismarckhütte blutige Zusammenstöße stattgefunden. Als die Belegschaft der Bismarckhütte erfahren hatte, daß die Lohnzahlung in volnlicher Valuta erfolgen sollte, zog die Arbeiterschaft 8000 bis 8000 Mann stark vor die Villa des Generaldirektors Rallenborg, drangen ein und schleppten Rallenborg zum Rathaus. Der Generaldirektor mußte schwer verletzt in das Betriebslazarett eingeliefert werden. Erst am Nachmittag trat ein hartes Polizeiaufgebot in Bismarckhütte ein. Die Menge entwaffnete jedoch die Polizei. Als die Ansaunlungen vor dem Direktionsgebäude immer mehr an Umfang zunahmen, wurde eine Abteilung Infanterie herbeigerufen, die am Markt ein Maschinengewehr aufstellte. Trotz wiederholter Aufforderung, auseinander zu gehen, wich die Menge nicht. Plötzlich fielen Schüsse und das Maschinengewehr fing an zu feuern. Da das Militär mit Steinen beworfen worden sein sollte, hatte der Kommandant Befehl zum Feuern gegeben. Acht Arbeiter und ein Polizeibeamter waren tot, eine große Anzahl schwer und leicht verletzt. Gegen 10 Uhr abends fanden im Rathaus Verhandlungen statt über die eventuelle Verhängung des Belagerungszustandes über Bismarckhütte. Der Betrieb der Bismarckhütte ruht vollständig.

Der Ausnahmezustand über Rattowitz.

Aus Rattowitz wird gemeldet: Anlässlich der Vorpässe am 8. und 9. d. M. hat die Polizeidirektion den Ausnahmezustand über die Stadt Rattowitz verhängt. Das Betreten der Straßen ist nach 10 Uhr abends nur in den dringenden Fällen und nur mit Legitimation gestattet. Die Kaffees und Gastwirtschaften müssen um 10 Uhr abends, die Theater, Spielhäuser und Kabarets um 9 Uhr schließen. Die Gaststube müssen nach 10 Uhr geschlossen gehalten werden. Die weitere aus Rattowitz gemeldet wird, wandten sich infolge der Vorfälle in den letzten Tagen die zuständigen Behörden an den Ministerrat mit der Bitte, in einigen Teilen der Sowobodschaft außerordentliche Gerichte einzusetzen. Jeder, der bei öffentlicher Ruhestörung, bei Raub, qualifiziertem Diebstahl, Erpressung oder Brandstiftung ergriffen wird, soll der Todesstrafe verfallen. Ein Urteil der außerordentlichen Gerichte bedarf keiner Bestätigung. Es muß innerhalb von 24 Stunden vollstreckt sein.

Feuerungskrawalle auch in Königsbütte.

Im Anschluß an die Feuerungskrawalle in Rattowitz bländerten die Massen gestern auch in Königsbütte einzelne Geschäfte. Die erragte Menge lieferte am Nachmittage der Polizei eine förmliche Schlocht. Nachdem einige Geschäfte geplündert worden waren, stellte sich die Polizei der Menge entgegen, die diese entwaffnete und fürstbar verprügelte. In den Abendstunden sind Polizeiverhaftungen eingetroffen.

Die sozialistischen Führer beim Reichspräsidenten.

Der sozialdemokratische Parteivorstand, vertreten durch Wels und Hermann Müller, und der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund, vertreten durch Grahmann und Georg Schmidt vom Landarbeiterverband, wurden am Montag vom Reichspräsidenten empfangen, wozu auch der Reichswirt-

Der türkische Sieg.

Mustafa Kemal Pascha hat an das türkische Volk einen Aufruf erlassen, in dem es heißt: Unsere Offensive, die am 26. August in Form einer großen Schlacht begonnen hat, dauerte fünf Tage. Der Mut, die Entschlossenheit und die Heldentat der Armee der Regierung der großen Nationalversammlung hat es ermöglicht, das Gros der Truppen unserer grausamen und hochmütigen Feinde zu vernichten. Der Aufzug schließt mit den Worten: Unsere Nation kann Vertrauen in die Zukunft haben. Wir können sicher sein, daß unsere Armee den Weg finden wird, den sie sich vorgesehnet hat. — Die türkische Nationalversammlung hat den Generalstabschef der kemalistischen Armee, Feswi-Pascha, zum Marschall ernannt.

Nach einer Sabotageaktion aus Adana geben die letzten Nachrichten aus Smyrna folgendes Bild von der gegenwärtigen Lage der Stadt: Bei Beginn der Belagerung durch die Türken war die Umgebung voller Flüchtlinge, die weder Obdach noch Nahrung hatten. Man forderte aus den angrenzenden Gebieten die schleimige Uebersendung von Lebensmitteln nach Smyrna. Außerdem ersuchte der türkische Flakkommandant um sofortige Uebermittlung von Medizin, um den Kranken in den Spitalen helfen zu können. Außer Typhus herrscht in der Stadt auch die Cholera. Während der griechischen Belagerungszeit zerstörten die Griechen viele Denkmäler und Häuser. Weiterer Meldungen zufolge kam es in Smyrna nach dem Einzug der Truppen verschiedentlich zu Schießereien und Wünderungen. Mit Unterstützung britischer Matrosen gelang es dem türkischen Oberbefehlshaber, die Ordnung wiederherzustellen.

Wie Davaos aus Angora meldet, haben die Griechen die Stadt Uschal und die Dörfer in der Umgebung in Brand gesteckt.

Wie die Londoner Abendblätter melden, ist infolge der Entschaffung des türkischen Kriegsgewinnes durch den kemalistischen Sieg in Kleinasien ein erster Angriff von türkischen Agitatoren auf Ausländer einschließlich Engländer in Pera unternommen worden, bei dem mehrere Personen ums Leben kamen. Die Türken benutzten Revolver und Steine. Die Fenster zahlreicher britischer und französischer Kaufhäuser im britischen Viertel wurden zertrümmert. Die Polizei war machtlos. — Reuter meldet aus Konstantinopel: In maßgebenden Kreisen glaube man, daß die griechischen Truppen von der Schattalshälfte und den thrakischen Bezirken sich zurückziehen würden. Gerüchlicherweise verlautet, daß die englische Flottenbasis von Konstantinopel nach Lemnos verlegt worden sei. Aus Konstantinopel wird ferner gemeldet: Die kemalisten haben alle griechischen Angestellten der Tabakregie in Ghlanen bei Vandenma umgebracht.

„Daily Telegraph“ meldet aus Kalkutta, daß dort alle Häuser von W o h a m e d a n e r n anlässlich des Sieges der Türken über die Griechen besetzt wurden. In einigen Vierteln der Stadt wurde am Freitag illuminiert und ein Feuerwerk abgebrannt. In den meisten Moscheen wurden Gebete zum Dank für den Sieg über die Griechen verrichtet. „Pall Mall Gazette“ erfährt,

Minister Schmidt hinzugezogen war. Die Arbeitervertreter trugen dem Reichspräsidenten ihre Beforgnisse wegen der Zuspinnung der wirtschaftlichen Verhältnisse vor. Der Reichspräsident und der Reichswirtschaftsminister erklärten die Haltung der Reichsregierung und versprachen, ihr Möglichstes zu tun, um die Interessen des arbeitenden Volkes wahrzunehmen.

Der bayerische Ministerrat hat, wie der „Voss. Sta.“ berichtet wird, unter Zuziehung von Vertretern der Berufsstände die Teuerungsdarfrage besprochen. Landwirtschaftsminister Buehler erklärte, daß die Brotgetreideernte in Bayern eine gute Durchschnittsernte sei und die Verfertigung für dreiviertel Jahr ausreichen würde. Von der bayerischen Regierung wird die vollständige Einbringung des Unfauggetreides betrieben, jedoch zu angemessen erhöhten Preisen.

Die Einigungsverhandlungen abgeschlossen.

Die Verhandlungen zwischen den Parteivorständen der Sozialdemokraten und der Unabhängigen sind vorläufig abgeschlossen. Wie die „Germania“ berichtet, hat das Aktionsprogramm bei den lokalen Parteioorganisationen der SPD, fast allgemein zustimmende Aufnahme gefunden.

Die Berichterstattung der belgischen Delegierten.

Wie der „Temps“ aus Brüssel meldet, haben die aus Berlin zurückgekehrten belgischen Delegierten Montag vormittag eine längere Besprechung mit den Ministern Theunis und Jaspar gehabt. Der Presse ist keinerlei Mitteilung gemacht worden.

In Brüssel äußert man sich am gestrigen Montag folgendermaßen über die Lage: Die belgische Regierung wird heute morgen den Bericht der Delegierten sofort nach ihrer Ankunft entgegennehmen. Dann werde sie sofort von der deutschen Regierung alle Garantien für die Schachseine sowie die Hinterlegung von Golddepots in von ihr benannten ausländischen Banken verlangen. Sollte sich die deutsche Regierung weigern, den Forderungen der belgischen Regierung nachzukommen, dann werde sich diese an die Reparationskommission wenden, um sie aufzufordern, die „böswillige“ Weigerung Deutschlands festzustellen. Verschiedene Kreise sind der Ansicht, daß die belgische Regierung einen Goldfonds in Höhe von hundert Millionen Goldmark verlangen werde. Die Antwort der belgischen Garantieforderungen in Brüssel erwartet. Infolge dessen rechnet man auch bereits mit einer Sitzung der Reparationskommission, die etwa am 15. September stattfinden würde.

Wie aus Berlin gemeldet wird, sind Staatssekretär Bergmann und der Vorkämpfer der deutschen Kriegsalkotommission in Paris Staatssekretär Fischer im Auftrage der Reichsregierung nach Paris abgereist. Sie sollen sich der Reparationskommission zur Verfügung halten, falls diese bei einer evtl. nochmaligen Beratung der Reparationsabnahmen an Belgien die deutschen Vertreter zu hören wünscht.

Wie von zuständiger Seite erklärt wird, ist diese Reise auf die Initiative der Reichsregierung zurückzuführen. Es wird hervorgehoben, daß der springende Punkt nicht in der Frage der Garantien zu suchen ist, sondern in der Frage der Prolongation der Schachseine. Es sei für die Reichsregierung, so wird von wirtschaftlicher Seite erklärt, unmöglich, die Schachseine nur auf sechs Monate auszuwehnen. Die 18 Monate seien der Mindesttermin. Man müsse damit rechnen, daß im Februar der gesamte deutsche Devisenbedarf für Lebensmittelkäufe usw. zur Verfügung stehen müsse.

daß über 1000 Offiziere und Mannschaften der britischen Luftstreitkräfte Ende dieser Woche in einem eigens dafür gebaarten Dampfer nach Mesopotamien abfahren werden.

Davaos meldet aus Athen: König Konstantin hat eine Botschaft an das griechische Volk gerichtet, in der er erklärt: Die tapfere griechische Armee mit ihren seit zehn Jahren siegreichen Führern habe ein Unglück erlitten, das nicht ohne Beispiel bei Armeen nach einer langen Kriegszeit sei. Dieses Unglück verringere in keiner Weise den Ruhm und die Tapferkeit der Armee. Im Gegenteil sei es nun die Pflicht, dieses Unglück geduldig zu ertragen, wie es einem patriotischen mädtigen Volke zukomme. Er als König werde das tun, wozu ihm die Verfassung eine Möglichkeit gebe.

Nach einer Meldung des „Matin“ aus Athen ist das neue Kabinett mit Tranadachullas als Ministerpräsident gebildet worden. Minister des Äußeren ist Katagropoulos. Dem Kabinett gehört kein Mitglied der wenselstischen Partei an.

Wie der „Observer“ hört, habe Frankreich in der thrakischen Frage den Widerstand Rumaniens und Serbiens gegen jeden Versuch der Türkei, ihre europäischen Grenzen von 1911 wiederherzustellen, in Betracht zu ziehen. Die kleine Entente werde ein Gegengewicht zum kemalistischen Fortschritt im nahen Osten bilden. Die Ausstärken auf Uebereinstimmung unter den Alliierten besserten sich daher. Die Abkündigung des Königs Konstantin würde die Haltung Frankreichs gegenüber Griechenland mildern. Die Thronbesteigung des Kronprinzen würde zu einer ganzen Reihe von Entwicklungen führen, deren Endergebnis ein Uebereinstimmen über die Politik in der Frage der Neerengen, Konstantinopels und Thrasiens bilden würde.

Verschiedene Londoner Blätter melden, innerhalb der nächsten Tage werde eine Zusammenkunft der alliierten Diplomaten stattfinden, um die durch den türkischen Sieg geschaffene Lage zu erörtern, insbesondere im Hinblick auf eine Bedrohung Konstantinopels. Es seien bereits Besprechungen eingeleitet worden. Weiter wird gemeldet, daß die Alliierten die Antwort Mustafa Kemal Paschas auf das griechische Schreiben um einen Waffenstillstand abwarten.

Die Arbeitszeit der gewerblichen Arbeiter.

Der sozialpolitische Ausschuss des Reichswirtschaftsrates beschäftigte sich am 7. und 8. September mit der Begutachtung des Gesetzentwurfes über die Arbeitszeit der gewerblichen Arbeiter. Der Entwurf legt den Achtstundentag gesetzlich fest. Der Ausschuss trat ohne allgemeine Aussprache an Hand des Berichtes seines Arbeitsausschusses in die Einzelberatung ein, aus der hervorzuziehen ist, daß der § 1 mit 15 gegen 18 Stimmen in folgender Fassung des Arbeitsanschlusses angenommen wurde: Die Vorschriften dieses Gesetzes gelten für die in gewerblichen Betrieben einschließlich des Handels und des Bergbaues beschäftigten gewerblichen Arbeiter, sowie für die mit ihnen in unmittelbarer Arbeitsgemeinschaft stehenden Betriebsbeamten, ferner für die im Haushalt beschäftigten Arbeiter, soweit das Dausgehilfengesetz auf sie keine Anwendung findet.

Die Gemeindevahlen in Thüringen.

Aus Weimar wird gemeldet: Bei den am Sonntag vorzunehmenden Wahlen...

Deutschland

weist die polnischen Anschuldingen zurück.

Der Leiter des deutschen Konsulats in Warschau...

Der Deutschen Regierung wurde aus der polnischen Presse der Vorwurf einer Rote der polnischen Regierung...

Die Abrüstungsfrage auf der Völkervereinigung.

In der gestrigen Sitzung des dritten Ausschusses der Völkervereinigung...

Tagesgeschichte.

Deutsches Reich.

Der Abgeordnete Ersellens Dr. Düringer ist zur Deutschen Volkspartei übergetreten...

Getäuschte Hoffnungen.

Roman von Ewald Aug. König

„Dort ist eintritt?“ fragte eine schilfgrüne Stimme. Der Rechtsanwalt erwachte aus seinem Träumen...

hand des Vereins deutscher Zeitungsvorleger zu einer Besprechung über die Notlage der Presse...

Der Reichstagsabgeordnete Winkler (Soz.) tritt Germanen Siebold (Soz.) Redakteur in Weimar...

Übertragung des staatlichen Bergwerksbesitzes in Preußen an eine Aktiengesellschaft...

Die deutschdemokratische Reichstagsfraktion hielt vom Sonnabend bis Montag in Königsberg eine Vertiktagung ab...

Abgelehnter Gnadengesuch. Ein Gnadengesuch des früheren Oberleutnant Hiller...

Eine Strassenbahnfahrt 10 W. Der Verwaltungsrat der Berliner Strassenbahn...

Die Untersuchung gegen den Reichswehrminister. Im Reichstag konstituierte sich der Untersuchungsausschuss...

Der Erste deutsche Angestelltenkongress, der am Sonntag im Deutschen Nationaltheater zu Weimar stattfand...

Verriet begibt sich nach Rußland. Nach einer Meldung des „Matin“ begibt sich der radikal-sozialistische Abgeordnete...

Die kommunikativen Rundgebungen. Nach den Pariser Blättern sind die vorgestrichenen kommunikativen Rundgebungen...

Die Amerikaner in Mexiko. Nach dem „National“ mit Clemenceau in den ersten Tagen des November...

Die Seereise gegen die Verlängerung der Arbeitszeit. Die die Pariser Blätter melden, hat der Verwaltungsausschuss...

Der Feldzug des Prinzen Georg gegen den Hof. Nach einer Meldung aus Belgrad hat sich Prinz Georg von Serbien...

Zusammenkunft zwischen Benesch und Schanger. Die das Tschechoslowakische Pressebüro aus Genf erklärt...

Der Feldzug des Prinzen Georg gegen den Hof. Nach einer Meldung aus Belgrad hat sich Prinz Georg von Serbien...

Das zwischen der Russo Asiatic Corporation und der Sowjetregierung abgeschlossene Abkommen erregt großes Aufsehen...

Die russisch-japanische Konferenz. Neuter meldet aus Schanghai...

Die 1. Elf des Münchener Sportvereins stand der 1. Elf des Gröbiger Sportvereins in Kofeltz im Krans- und Weibspiel gegenüber...

Fußball. Ueber den Stand der Ligaspiele im Kreis Mittelhessen veröffentlicht das „Ech. Tegl.“ folgende Tabelle:

Table with 4 columns: Team, Points, Goals, etc.

Die Radfahrer. Fernfahrt Rittau-Weipzig, 240 km. Das am 18. Male ausgetragene Rennen litt in der ersten Hälfte...

Einen Preis von 100 000 Mark für den längsten Ueberlandflug im motorlosen Flugzeug hat der Verlag des „Berliner Tageblattes“ gestiftet...

„Ganz wie Du beschiffst, liebes Kind.“

Als sie klein in dem Wohnzimmer traten, sah Peter Wollinger schon vor der gedeckten Tafel...

das hoffe ich im Laufe der Zeit zu werden, dann schaffe ich mir eine Equipage...

Friedberg wechelte mit seinem Gattin verstoßen einen verständigsvollen Blick...

„Was macht Ferdinand?“ fragte der Rechtsanwalt nach einer langen Pause...

„Nein,“ sagte der alte Mann, „es hält außerordentlich schwer; die guten Stellen sind besetzt...“

„Auf der Bummelbahn wachsen die grünen Zweige frohlich nicht, der Verkehr mit dem Baron v. Solbach hat Ferdinand verdorben.“

„Nein, das glaube ich nicht, Max.“ erwiderte Wollinger, indem er sein Glas zum Munde führte...

„Darauf kann Ferdinand nicht warten.“

„Du denkst, der Vater des Barons sei ein alter, kränklicher Herr?“

„Je nun, alt wird er jedenfalls sein.“